

Anfrage

des Abgeordneten **Königsberger**

an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll gem. § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: **Geplante Schließung von 100 Polizeiinspektionen**

Laut Medienberichten ist in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP die Schließung von 100 Polizeiinspektionen im Bundesgebiet Thema. Diese Berichte wurden vom BMI nicht dementiert. Die Innenministerin Mikl-Leitner hat seit ihrem Amtsantritt stets die Aufstockung des Personalstandes der Exekutivbeamten versprochen. Nunmehr plant sie den größten Anschlag auf die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit seit Bestehen der 2. Republik.

Das vom BMI eingebrachte Argument, durch Schließungen von Polizeiposten mehr Exekutivbeamte auf die Straßen zu bekommen, geht in die völlig falsche Richtung. Wenn hier ÖVP-Sicherheitssprecher Karner diese Fehlentwicklung in der Sicherheitspolitik auch noch ausdrücklich befürwortet, so steht er weiterhin nicht für die Erhöhung der Sicherheit unserer Bevölkerung, sondern so wie bisher, hinter der leidigen Abzocke der Autofahrer. Straße ist nicht gleich Tatort. VP-Karner unterstützt somit nicht flächendeckende Polizeipräsenz zur Prävention der Kriminalität, sondern die schwerpunktmäßige Konzentration der Exekutive auf den Straßen um auf Kosten unbescholtener Lenker die marode Staatskasse aufzufüllen.

Schließungen erhöhen keinen Personalstand, sondern verlagern Einsatzkräfte lediglich örtlich. Dadurch entsteht in Orten, wo Polizeiinspektionen zugesperrt werden, ein Sicherheitsvakuum. Polizeiliche Einsätze erfordern dann längere Anfahrtszeiten bei Straftaten, welche Tätern bzw. Tätergruppen die Flucht zusätzlich erleichtert.

Durch die geplanten Schließungen sollen die hohen Pensionsabgänge in den kommenden Jahren geschönt werden, da diese Anzahl der aus dem Dienst ausgeschiedenen Beamten nicht annähernd nachbesetzt werden kann. Dies begründet sich in der Personalpolitik des BMI, welches verabsäumt hat, rechtzeitig für dementsprechende Neuaufnahmen zu sorgen.

In Niederösterreich, dem Bundesland mit den längsten Außengrenzen zu den ehemaligen Oststaaten, wird die ohnehin starke Kriminalität mit diesen geplanten Einsparungen weiter ansteigen. Die Sicherheit unserer Bevölkerung kann nicht

durch die Schließung von Polizeiinspektionen verbessert werden, sondern nur durch die Überwachung unserer Außengrenzen und ein möglichst großes Ausmaß von Polizeidienststellen in den jeweiligen Regionen.

Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll folgende

Anfrage:

1. Wie viele Polizeiinspektionen sollen in NÖ dieser Sparmaßnahme zum Opfer fallen?
2. Welche Polizeiinspektionen in NÖ sind konkret von dieser geplanten Schließung betroffen?
3. Wie hoch ist der Personalstand aller derzeit in NÖ versehenen Exekutivbeamten?
4. Wie viele davon versehen zum jetzigen Zeitpunkt exekutiven Außendienst in Niederösterreich?
5. Wie viele Exekutivbeamte in NÖ stehen in den nächsten 3 Jahren vor dem gesetzlichen Pensionsantritt?
6. Ist die Nachbesetzung dieser zum Pensionsantritt anstehenden Beamten in NÖ in adäquatem Ausmaß gesichert?
7. Wie viele Exekutivbeamte stehen derzeit in Ausbildung, welche nach Abschluss des Polizeibildungszentrums in NÖ dienstverwendet werden?
8. Können die bisherigen Inspektionskommandanten nach einer allfälligen Schließung dieser Inspektionen im gleichwertigen Bereich weiter dienstverwendet werden?
9. Wie kann die Sicherheit in NÖ nach diesen geplanten Schließungen in den betroffenen Orten und Regionen aufrechterhalten werden?
10. Wie stehen Sie zu diesen geplanten Schließungen im Hinblick auf die ständig steigende Kriminalität in NÖ?
11. Wie wirken sich die geplanten Schließungen von Polizeiinspektionen auf die von besonders großer Kriminalitätsrate betroffenen Grenzregionen aus?
12. Mit welchem Konzept will die Landespolizeidirektion NÖ nach den geplanten Schließungen die weiterhin immens steigende Kriminalität in unserem Bundesland verringern?

13. Wie werden sich diese Schließungen dahingehend auswirken, da schon bisher in vielen NÖ Polizeiinspektionen nicht für jeden dienstversehenden Beamten der entsprechende Arbeitsplatz mit notwendiger Infrastruktur (Bildschirmarbeitsplatz) zur Verfügung steht?
14. Ist hier geplant zusätzliche Arbeitsplätze mit der dafür notwendigen Infrastruktur für den möglichen neuen höheren Personalstand in einzelnen Inspektionen zu schaffen?
15. Wird durch diese geplanten Schließungen das Planpostenkonzept der Exekutive in NÖ geändert?